

Antrag 80/A105: Ein trojanisches Pferd reicht schon – Abschaffung aller Staatstrojaner!

Antragsteller*in:	BV Oberbayern
Unterstützer*innen:	Marco Deutsch, Phil Hackemann
Status:	verwiesen
Herkunft:	verwiesen an LFA Innen&Recht + LFA Netzpolitik

- 1 Kurz vor der Sommerpause des Bundestages hatte die Große Koalition nochmal das Thema
2 Staatstrojaner durch das Parlament bringen wollen. Dabei ging es sowohl um
3 Staatstrojaner für die Bundespolizei als auch für die Verfassungsschutzämter. Die FDP
4 konnte im Bundesrat immerhin die Befugnisweiterungen für die Bundespolizei
5 verhindern – für die Verfassungsschutzämter nicht.
- 6 Das sind jedoch nur die neusten Staatstrojaner in Deutschland. Dabei wissen wir doch
7 seit Homers Illias: Ein trojanisches Pferd reicht! So ist das auch mit der digitalen
8 Sicherheitsstruktur. Eine IT-Sicherheitslücke reicht um die Sicherheitsstruktur zu
9 gefährden. Solange der Staat einen Vorteil durch das offen halten von IT-
10 Sicherheitslücken hat, wird er dies nutzen, anstatt die Lücken zu schließen und damit
11 seine Bürger zu schützen. Eine IT-Sicherheitslücke kann nie nur für die
12 Sicherheitsbehörden offengehalten werden, sondern ist dann immer auch für Kriminelle
13 und andere Dritte offen. Daher sorgen IT-Sicherheitslücken immer für weniger
14 Sicherheit im digitalen Raum. So sorgen die Überwachungsbefugnisse durch
15 Staatstrojaner für weniger statt mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.
- 16 Daher fordern wir die Abschaffung aller „Staatstrojaner“, also der Quellen-TKÜ und
17 Online-Durchsuchung. Das betrifft nicht nur die jetzt neu eingeführten Befugnisnormen,
18 sondern auch solche in der StPO und den Landespolizeigesetzen wie im bayerischen PAG.
19 Gleichzeitig fordern wir eine bessere Ausstattung des Bundesamtes für Sicherheit in
20 der Informationstechnik (BSI) und ein besseres IT-Sicherheitslückenmanagement.
- 21 Nur so kann das Recht auf Verschlüsselung, das die Freien Demokraten schon länger
22 fordern, auch praktisch umgesetzt werden. Bestrebung – auch auf europäischer Ebene –
23 die gar ein Verschlüsselungsverbot zum Ziel haben stellen wir uns entschieden
24 entgegen.